

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ulrich Steinbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

## Antwort

des Ministeriums der Finanzen

### Geplante Maßnahmen zur Steuervereinfachung und -erleichterung

Die **Kleine Anfrage 806** vom 3. Mai 2012 hat folgenden Wortlaut:

Laut Medienberichterstattung (u. a. Süddeutsche Zeitung) beraten die Länderfinanzminister in einer Arbeitsgruppe derzeit Maßnahmen zur Steuervereinfachung und -erleichterung. Kernpunkte des sogenannten Elf-Punkte-Plans sind demnach, dass der Arbeitnehmerpauschbetrag um 150 Euro angehoben werden und es Erleichterungen bei der Anrechnung eines häuslichen Arbeitszimmers geben soll.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Weise ist die Landesregierung in die Beratungen der Länderfinanzminister eingebunden?
2. Welche Maßnahmen sind im Einzelnen im Elf-Punkte-Plan verabredet beziehungsweise vereinbart?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Chancen auf Umsetzung dieser Vorschläge?
4. In welcher Höhe würde sich der Elf-Punkte-Plan auf die öffentlichen Haushalte, insbesondere den Landeshaushalt, in Rheinland-Pfalz auswirken?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. Mai 2012 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder werden sich auf ihrer Jahrestagung vom 31. Mai bis 1. Juni 2012 mit dem Thema Steuervereinfachung befassen. Dabei wird auch der Elf-Punkte-Plan Besprechungsgegenstand sein.

Zu Frage 2:

Der Elf-Punkte-Plan enthält bisher keine verbindlichen Abreden oder Vereinbarungen, sondern stellt eine Diskussionsgrundlage dar. Mit dieser Einschränkung sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Erhöhung der Pauschbeträge für behinderte Menschen,
- Vereinfachungen beim Abzug und Nachweis von Pflegekosten,
- Begrenzung des steuerlichen Abzugs von Unterhaltsleistungen in das Ausland,
- Erhöhung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags,
- Pauschalierung der Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer,
- zweijährige Gültigkeit von Freibeträgen im Lohnsteuerabzugsverfahren,
- einheitliche Besteuerung von Arbeitgeberleistungen zur Kinderbetreuung,
- Senkung der 44-Euro-Freigrenze für Sachbezüge,
- Sockelbetrag von 300 Euro bei Steuerermäßigung für Handwerkerrechnungen,
- Wegfall der Begünstigung für Initiatorenvergütungen, „Carried Interest“,
- Vereinfachung des Verlustabzugs bei beschränkter Haftung.

b. w.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung hält es nicht für angezeigt, der Diskussion auf der Finanzministerkonferenz vorzugreifen.

Zu Frage 4:

Der Elf-Punkte-Plan ist aufkommensneutral konzipiert.

Dr. Carsten Kühl  
Staatsminister